

schwere Seiten bereitet; man denke nur an die Thätigkeit des russischen Flüchtlings Alexander Herzen, der in London seine gefürchtete Glocke erschienen ist, mit der er Russland aus dem Schlaf läutete und die ganze offizielle Welt in Atem hielt.

Über hier steht die russische Diplomatie auf einen Gegner, der nicht zu überwältigen ist — das englische Volk, das seinen Negligierungen die Nächtschur für ihre Politik gebot und das in seinem stolzen Freiheitsbewusstsein sich durch russische Drohungen und Prahlereien so wenig erschüttern lässt, wie durch das schwarze Gespenst des Anarchismus.

Und man sonst an den englischen Zuständen aussehen, was man will — die Thatssache bleibt bestehen, daß das Asylrecht in Europa eine längstverküngene Mör sein würde, wenn nicht das englische Volk mit altrömischer Zähigkeit daran festhielte.

Und darum wird auch dieser Feldzug in seinem eigentlichen Zweck scheitern. Der Wahnsinn des Anarchismus dient dabei zum Vorwand; das Ziel ist, wie immer, die Bekämpfung der sozialistischen Bewegung. Man will über ganz Europa ein großes Polizeineß ausspannen, in dessen Maschen die politischen "Verbrecher" unentzündbar hängen bleiben sollen. Der Plan ist schön, aber er bleibt eine Utopie. Bezeichnend ist dabei die Haltung des offiziellen Frankreich. Die dort regierenden Bourgeois sprechen immer von den Prinzipien der großen Revolution, denen sie treu bleiben wollen. Die große Revolution verkündete allen Völkern Brüderlichkeit, aber das offizielle Frankreich würde heute dem Baron Scherndienste leisten.

Wo heute die politische Freiheit immer beschränkt wird, da geschieht es zu dem Zwecke, die sozialistische Bewegung zu bekämpfen. So sehr wir den Anarchismus verwerfen, so sehen wir doch das Kesseltreiben als unheilvoll an, das wohl der Reaktion Vorschub leistet, aber anarchistische Attentate nicht verhindern kann und den Anarchismus selbst nur fördern wird.

Politische Übersicht.

Der Stuttgarter Parteitag und der Bergarbeiterkampf.

Zu dem Antrage, den Bergarbeiterkampf auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, schreibt uns ein Bergmann:

Es ist bekannt, daß die deutsche Bergarbeiterkampf, über 500000 Proletarier, am allermeisten unter dem Druck des besonders in jenem Industriezweig übermächtig starken Unternehmertums zu leiden hat.

Wie sieht es nun mit der Organisation in der deutschen Berg- und Hüttenindustrie aus? Kaum mehr als drei Prozent sind im deutlichen Berg- und Hüttenarbeiterverband organisiert. Dabei steht dieser Verband noch in den Kinderschuhen. Bei einer Leistung von 30 Pfennigen pro Mitglied und Monat sollten die Ausgaben für ein wöchentlich erscheinendes Organ, für Bergarbeiterkampf usw. bestreitet werden. Wo bleibt da noch etwas für Agitation und dergleichen? Nach Ausweis des Korrespondenzblattes der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ist der Beitrag von 30 Pfennigen der weitans niedrigste aller deutschen Gewerkschaften überhaupt. Bei einer so eigenen Masse wie sie die Bergarbeiterkampf ist, ist es auch schwierig, eine plötzliche Erhöhung der Beiträge vorzunehmen.

Richtig ist, daß die Bergleute in Mitteldeutschland, Königreich Sachsen, Niederschlesien und zum Teil auch Oberschlesien sozialdemokratisch gewählt haben. Die Abgeordneten der Kreise Calbe-Mitschelsleben, Zeitz-Weißenfels-Haumburg und Waldenburg in Schlesien sind hauptsächlich nur durch Bergarbeiter gewählt worden. Falsch wäre es aber, aus dieser Thatssache heraus auf ein fortgeschrittenes Klassenbewußtsein in diesen Kreisen schließen zu wollen. Nein, das Benutzen des sozialdemokratischen Stimmbuches ist hier eher als ein Notshrei des unter der Last des feudalen Schlotunteriums mehr als je sensiblen Bergarbeitervolkes aufzufassen! Man täusche sich auch nicht über diese Krieger-, Schützen- und andere Feste feiernde Bevölkerung.

Der Bergarbeiter-Verband ist noch zu schwach, bei den geringsten Kräften und Mitteln, die ihm zu Gebote stehen. Die Bergarbeiterkampf ist aber der Ausdruck, der geistigen Hilfe dringend bedürftig. Es wäre ein besonders dankbares Feld für die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie hier, wo wirklich Not vorhanden ist, mit Hand ans Werk legen wollte. Aus dieser Erkenntnis heraus ist wohl auch der Antrag gekommen,

Infonitos, denn Singular oder Plural sei ihm durchaus gleichgültig:

Das oder die,
Ein volles Glas für Melanie;
Die oder das,
Für Ebenezer ein volles Glas.

Und danach fing er an zu singen.

Erst zu später Stunde trennte man sich und Anastasia versprach, am anderen Tage zu Tisch wieder zu kommen; abermals einen Tag später aber (Rübuhn war eben in die Stadt gegangen) erschien das Bremel, um in ihrem Schweizer Deutsch und zugleich in sichtlicher Erregung den Polizeirat Reiss zu melden. Und sie beruhigte sich erst wieder, als ihre junge Herrin antwortete: „Ah, sehr willkommen. Ich lasse bitten, einzutreten.“

Melanie ging dem Angemeldeten entgegen. Er war ganz unverändert: derselbe Glanz im Gesicht, derselbe schwarze Frack, dieselbe weiße Weste.

„Welche Freude, Sie wieder zu sehen, lieber Reiss,“ sagte Melanie und wies mit der rechten auf einen neben ihr stehenden Fanteuil. „Sie waren immer mein guter Freund, und ich denke, Sie bleiben es.“

Reiss versicherte etwas von unveränderter Devotion und that Fragen über Fragen. Endlich aber ließ er durch Zufall oder Absicht auch den Namen Van der Straaten fallen.

Melanie blieb unbefangen und sagte nur: „Den Namen dürfen Sie nicht nennen,“ lieber Reiss, wenigstens jetzt nicht. Nicht als ob er mir unfreundliche Bilder wecke. Nein, o nein. Wäre das, so dürften Sie's. Aber gerade weil mir der Name nichts Unfreundliches zurückruft, weil ich nur weiß, ihm, der ihn trägt, wehe gethan zu haben, so quält und peinigt er mich. Er mahnt mich an ein Unrecht, das da-

den Punkt „Bergarbeiterkampf“ mit auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Dabei hätte sich Gelegenheit gefunden für die mit der Sachlage vertrauten Genossen, die Parteilanglehrten des ganzen Reiches auf ihre schwer bedrückten Brüder im Bergbau aufmerksam zu machen. Partei und Gewerkschaft hätten den Nutzen davon gehabt. Hoffentlich findet sich auch sonst Gelegenheit, die brennende Frage des Bergarbeiterkampfes zu erörtern. Und nötig ist es!

Deutsches Reich.

Der nationalsozialen Vertretertag.

Darmstadt, 26. Septbr. Den nationalsozialen Vertretertag, auf dem Sohn und Göhrre verhindert waren zu erscheinen, eröffnete, nach einem Bericht der Transl. Blg., Pfarrer Naumann mit einer Ansprache, in der er Bismarcks Gedächtnis, der dem deutschen Volke politisches Denken und nationales Mitgefühl vermittelte habe, sowie des Kaisers und der übrigen deutschen Fürsten, die er als Garanten der Reichsverfassung, namentlich des bestehenden Reichsverfassungsrechts, in Anspruch nimmt. In das Präsidium wurden die Herren Pfarrer Dietrichs, Fabrikant Bindewald, Lithograph Tischendorfer gewählt.

Im Geschäftsbericht bedauerte Parteisekretär Wenk das Ein gehen der nationalsozialen Tageszeitung, der Zeit, für die bisher ein Erfolg nicht geschaffen werden konnte. Bei den Reichstagswahlen hätten zwar keine Kandidaten der Partei durchgebracht werden können, doch seien die 20000 Stimmen in elf Wahlkreisen ein erster „Aktivierungserfolg“. Es sei dadurch erwiesen, daß die nationalsoziale Bewegung ein Bedürfnis für das deutsche Volk stellt. Der Zugang von Mitgliedern des Hauptvereins sei recht erfreulich, doch seien in der allerleichtesten Zeit Austrittserklärungen von Arbeitern erfolgt, die erklärten, daß sie nach der Deutschen Röde des Kaisers eine national und monarchisch gerichtete Politik nicht mehr unterstützen könnten. Das müsse wohl den Kreisen zu denken geben, die jener Röde zugestimmt hätten. Die Kassenverhältnisse des Vereins seien Dank des großen Absatzes der Parteilizenzen erträglich. Es empfiehlt sich, den Sitz des Vorstandes und Sekretariats von Leipzig nach Berlin zu verlegen, da die zweiteilige der politischen und geschäftlichen Leitung manche Missstände gebracht habe.

Professor Damaschke vertritt die Anträge der schleswig-holsteinischen Nationalsozialen, den Vorstand aus sieben Mitgliedern weiter bestehen zu lassen und ihm einen Rat, dessen Mitglieder allen Kreisen des Reiches angehören sollen, zu geben.

Professor Trommershausen-Frankfurt a.M.: In der Provinz sei man mit dem Berliner Vorstande nicht ganz zufrieden, da die Berliner ihren Kampf sehr gegen die Konservativen richten, während in der Provinz die Sozialdemokraten als die ärgsten Feinde angesehen würden.

Tischendorfer-Berlin nimmt die Berliner in Schutz. Er empfiehlt einen in sich abgeschlossenen Vorstand in Berlin. Das Gerde von einer rechts und links stehenden Richtung sei schädlich und entbehre der thatächstlichen Unterlage.

Trau-Stuttgart sympathisiert, obwohl er Schwabe ist, mit den Berlinern und sieht sich über ihre starke Stellungnahme gegen die Konservativen.

Professor Bouffet-Göppingen: Einem Berliner Vorstand allein wolle man wohl allerseits die Leitung der Geschäfte nicht überlassen, eine Kontrolle, die aber die Erhaltung der Aktionsfähigkeit des Vorstandes gewährleistet, müsse geschaffen werden. Deshalb beantragte er die Einschaltung eines weiteren Vorstandes aus ganz Deutschland mit 5 Mitgliedern, der dem Berliner engeren Vorstande von 7 Mitgliedern zur Seite treten soll. Dabei sei aber eine strenge Trennung der Beauftragten nötig. Die Entscheidung über die Kompetenzen sollte dem Vorstande überlassen bleiben. Zusammen treten soll der Gesamtvorstand, wenn 5 Mitglieder es verlangen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Daraus erstatte Pfarrer Naumann den politischen Jahresbericht. Man habe die nationalsoziale Bewegung bereits tot gesagt. Es habe sich aber gezeigt, daß trotz aller Gegnerseiten innerhalb der Partei diese erst recht lebensträchtig sei. Auseinandersetzungen, wie zwischen Sohn und Göhrre, könnten die Einigkeit in Zeiten des Kampfes absolut nicht tangieren. Aussprachen und Meinungsverschiedenheiten müßten gestattet sein. Könne die Partei das nicht vertragen, so habe sie keine Aussichten für die Zukunft. Von zwei Strömungen könne übrigens keine Röde sein, aber alle Parteilinge nähmen es mit Recht für sich in Anspruch, individuell auf Grund des Programms zu sein. In Sachen des Arbeitserschungskongresses halte die nationalsoziale Partei es für richtig, nicht parteipolitisch vorzugehen. Zur Schaffung eines Agrarpolitik sei der Anfang gemacht worden, die Ausarbeitung sei aber durch die praktische Wahlarbeit verhindert worden. Ein solches könnte übrigens nicht in einem Ruck geschaffen werden.

Bezüglich der Reichstagswahlen habe man vielfach sich Illusionen gemacht und in allzu großem Optimismus nicht mit der Zähigkeit der menschlichen Gewohnheit gerechnet, die ein Festhalten an den alten Parteibildungen bedingt. Der Misserfolg bei den Wahlen habe die Nationalsozialen nicht entmutigt. Die Überzeugung von der Richtigkeit der Grundgedanken des Partei-

programms sei in allen Teilen Deutschlands unerschüttert geblieben. Durch die Wahlen sei sowohl nach rechts wie nach links die Grenze viel schwieriger gezogen und das sei der Beweis nur förderlich. Der Parteistandpunkt zu den politischen Fragen könne nun viel präziser genommen werden. Bei den letzten Wahlen seien die materiellen Gruppenfragen stark in den Vordergrund getreten. Das werde aber nicht dauernd so bleiben. Im vergangenen Jahr habe man mehr Gelegenheit gehabt zu nationalen Fragen entschieden Stellung zu nehmen, als zu sozialen Fragen. Eine Abschwächung dürfe die Partei weiter nach den nationalen, noch nach den sozialen Seite eintreten lassen. Für die Vermehrung der nationalen Machtmittel sei man ebenso entschieden eingetreten, wie im Hamburger Bäckerstreit für die Gehilfen. Bezüglich der preußischen Landtagswahlen werde der Vorstand darauf zu achten haben, daß die Mittel der Partei, die durch die Reichstagswahlen stark in Anspruch genommen worden seien, nicht ohne Not verbraucht würden. Man werde sehr vorsichtig bezüglich einer Beteiligung vorgehen.

In der Diskussion über den politischen Jahresbericht schnellte der gemahrgrechte Reiseprofessor Dr. Ruprecht (Göttingen) die Frage des Gemeindewahlrechts an. Es sei ein Nonplus, daß jeder berglaufen Mann, sofern er nur Reichsbürger sei, über die Verhältnisse einer Kommune mit beschließen solle.

Esenwein (Württemberg) meinte, wer sich gegen die Ausdehnung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auf die Kommunalwahlen erkläre, gerate mit Recht in den Verdacht einer reaktionären Gesinnung. Die Haltung der Hölle in Fragen der auswärtigen Politik könne nicht gebilligt werden. Man habe alle Ursache, sich über ihre Politik in der armenischen Frage zu schämen. Die Christenverfolgungen in der Türkei seien entschieden zu verbannen, von den Nationalsozialen um so mehr, als für sie ja das Christentum im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens stehe.

Tischendorfer (Berlin) protestiert energisch gegen den Ausdruck „berglaufen Männer“. Die gebe es nicht. Von Gerlach vertritt die türkfreundliche Haltung der Hölle und die Politik der Regierung. Das moralische Recht sei auf der Seite der Türken. Die Türken hätten eben die Ausbeutung der Armenier nicht mehr ertragen können. Sie seien ihnen gegenüber in derselben Lage, wie die gallischen Bauern, die ihre jüdischen und adeligen Ausländer totgeschlagen hätten. Die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Kommunalwahlen sei ein Punkt des Programms, der den nationalsozialen Verein zur Ehre gereiche und ihm die schönsten Erfolge für die Zukunft verheiße.

Trommershausen-Frankfurt spricht sich entschieden gegen die Ausdehnung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auf die Kommunalwahlen aus. Er fordert die Ausarbeitung eines eingehenden Kommunalprogramms.

Pohlmann (Holstein) meint, es sei doch unbillig, daß jemand, der zu den Lasten einer Kommune nichts beitrage, das Wahlrecht in ihr haben solle.

Ein Antrag Ruprecht, bezüglich des Kommunalwahlrechts eine Änderung der „Grundlinien“ vorzunehmen, wird durch Liebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag Trommershausen, den Vorstand zu bitten, die Ausarbeitung eines Kommunalprogramms sobald als möglich vorzunehmen, wird angenommen.

Des Kaisers Fernsalemfahrt.

Die Vossische Zeitung meldet: Die österreichische Regierung hatte ihre Zustimmung gegeben, daß die Evangelischen der Monarchie sich an der Feier in Jerusalem beteiligen, der Wiener evangelische Oberkirchenrat Augsburger und helvetischer Konfession hat aber abgelehnt, einen Vertreter zu senden. Doch ist anzunehmen, daß die siebenbürgische und ungarische Landeskirche solche ernennen werden. Von Holland kommen dieselben beiden Vertreter, wie bei der Einweihung der Willibrordi-Kirche in Wesel. Die Schweizer protestantische Kirche hat „in wärmlstem Tone“ auf die Einladung erwidert; die belgischen Evangelischen und die englische Hochkirche haben noch keine Antwort gegeben.

Chronik der Majestätsbeleidigungssprozesse.

Eine Majestätsbeleidigung und eine Beleidigung eines Mitgliedes des regierenden Hauses soll die Magdeburger Volksstimme in der Nummer vom 28. Juli begangen haben, die kürzlich beschlagnahmt wurde. Am Sonnabend wurde der verantwortliche Redakteur Müller in der Sache vernommen.

Wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern ist der Schreinermeister, Kaufmann und Wirt Anton Graßl in Unterstein bei Schoenau vom Landgerichte Traunstein zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Graßl wurde sofort verhaftet. Er hat sein Verbrechen begangen gelegentlich einer Unterhaltung über ungenügende Wildschadenabschädigung.

D. Ludwigshafen, 23. September. In Edenkoben ist Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung gegen einen Polizisten eingeleitet worden. Er hat seinem Vorbler gegenüber beleidigende Äußerungen über Wilhelm II. fallen lassen. Ein Schneidermeister erfuhr davon und denunzierte ihn.

mich. Oder ist es meinerseits bloß Eitelkeit und Einbildung?

„Vielleicht. Vielleicht auch nicht. Aber diese guten Herren, . . . ihr bester Freund, ihr leiblicher Bruder ist nie sicher vor Ihnen. Und wenn man sich darüber erstaunt oder beschlägt, so heißt es ironisch und abschreckend: c'est mon métier.“

Eine Woche später hatte das neue Jahr begonnen und der Zeitpunkt war da, wo das junge Paar aus seinem Infogno herausstreten wollte. Wenigstens Melanie. Sie war noch immer nicht bei Jakobine gewesen, und wiewohl sie sich, in Erinnerung an den unbeantwortet gebliebenen Brief, nicht viel gutes von diesem Besuch verprechen konnte, so mußte er doch auf jede Gefahr hin gemacht werden. Sie mußte Gewißheit haben, wie sich die Gryezinslis stellen wollten.

Und so fuhr sie denn nach der Alsenstraße.

Schwereren Herzens als sonst stieg sie die mit Teppich belegte Treppe hinauf und klingelte. Und bald kam sie hinter der Korridor-Glastwand ein Hin- und Herhuschen erkennen. Endlich aber wurde geöffnet.

„Ah, Emmy. Ist meine Schwester zu Hause?“

„Nein, Frau Kommerzien . . . Ach, wie die gnädige Frau bedauern wird! Aber Frau von Heyding waren hier und haben die gnädige Frau zu dem großen Wilde abgeholt. Ich glaube: Die Jackeln des Nero.“

(Fortsetzung folgt.)

durch nicht kleiner wird, daß ich es in meinem Herzen nicht recht als Unrecht empfinde. Also nichts von ihm. Und auch nichts . . .“ Und sie schwieg und fuhr erst nach einer Weile fort: „Ich habe nun mein Glück, ein wirtliches Glück; mais il faut payer pour tout et deux fois pour notre bonheur.“

Der Polizeirat stotterte eine verlegene Zustimmung, weil er nicht recht verstanden hatte.

„Wir aber, lieber Reiss,“ nahm Melanie wieder das Wort, „wir müssen einen neutralen Boden finden. Und das werden wir. Das zählt ja zu den Vorzügen der großen Stadt. Es gibt immer hundert Dinge, worüber sich plaudern läßt. Und nicht bloß um Worte zu machen, nein, auch mit dem Herzen. Nicht wahr? Und ich rechne darauf, Sie wiederzusehen.“

Und bald danach empfahl sich Reiss, um die Droschke, darin er gekommen war, nicht allzu lange warten zu lassen. Melanie aber sah ihm nach und freute sich, als er wenige Häuser entfernt dem aus der Stadt zurückkommenden Rübuhn begegnete. Beide grüßten einander.

„Reiss war hier,“ sagte Rübuhn, als er einen Augenblick später eintrat. „Wie fandest Du ihn?“

„Unverändert. Aber verlegener als ein Polizeirat sein sollte.“

„Schlechtes Gewissen. Er hat Dich aushorchen wollen.“

„Glaubst Du?“

„Zweifellos. Einer ist wie der andere. Nur ihre Manieren sind verschieden. Und Reiss hat die harmlosen Allüren. Aber vor dieser Species muß man doppelt auf der Hut sein. Und so lächerlich es ist, ich kann den Gedanken nicht unterdrücken, daß wir morgen ins schwarze Buch kommen.“

„Du thust ihm Unrecht. Er hat ein Attachement für